

Frieden als Norm und Erfahrung in der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland

GOTTFRIED NIEDHART

Schon ein flüchtiger Blick auf regierungsamtliche oder -nahe Texte, die Auskunft zu Fragen der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland geben, lässt erkennen, dass der Begriff des Friedens für das Selbstverständnis der außenpolitischen Elite eine zentrale Rolle spielte und spielt. Angefangen bei der ersten Bundesregierung, für die der 1876 geborene Konrad Adenauer erklärte, „zum Frieden in Europa und in der Welt“ beitragen zu wollen,¹ bis hin zur gegenwärtigen Regierung, deren 1948 geborener Außenminister die Anfänge der auf Interessenausgleich und Versöhnung gerichteten Außenpolitik der Bundesrepublik als „radikalen Neuanfang“ versteht, sodass die Bundesrepublik jenseits historischer Kontinuitätslinien erscheint und „auf einer recht eigenen, allein von ihr geschaffenen Tradition gründet“,² war die Versicherung von Friedfertigkeit ein immer wiederkehrender Topos. Im Folgenden soll untersucht werden, ob und in welcher Weise die beinahe inflationäre Verwendung des Begriffs Auswirkungen auf die operative Politik hatte. Anders formuliert: Was folgte aus der normativen Selbstverpflichtung zum Frieden für seine Erfahrbarkeit?

Der westdeutschen Außenpolitik lag nicht nur ein noch näher zu fassender Begriff von Frieden zugrunde, sie trug auch zu seiner politischen Um-

-
- 1 Regierungserklärung vom 20.9.1949. Konrad Adenauer, Reden 1917-1967. Eine Auswahl. Hg. v. Hans-Peter Schwarz, Stuttgart 1975, S. 169. – Zu Dank verpflichtet bin ich Detlef Bald, Jost Dülffer und Thomas Kühne, die zur Verbesserung der ersten Fassung dieses Aufsatzes beigetragen haben.
 - 2 Joschka Fischer, Außenpolitik im Widerspruch. Was Gustav Stresemann erreichte, woran er scheiterte und was daraus gelernt wurde, in: Die Zeit 3.2.2000, S. 45.

setzung bei, so dass Frieden in mehreren Etappen und in unterschiedlichen internationalen Konstellationen zu einer Erfahrung werden konnte. Um diesen Prozess umrissartig erfassen zu können, sind verschiedene Einschränkungen unumgänglich. Was den Untersuchungszeitraum betrifft, so wird sich die Darstellung auf die beiden Formierungsphasen nicht nur der westdeutschen Außenpolitik, sondern der bundesrepublikanischen Geschichte allgemein konzentrieren: auf die frühen fünfziger Jahre und den Übergang von den sechziger zu den siebziger Jahren.³ In diesen Kernphasen kam es zunächst zur Konstituierung des Friedens im Westen, später zur Anbahnung des Friedens mit dem Osten. Die dritte Formierungsphase fiel mit der Wiederherstellung eines deutschen Nationalstaats und dem Ende des Ost-West-Konfliktes zusammen, sodass sich die Voraussetzungen und Rahmenbedingungen deutscher Außenpolitik änderten. Entscheidend aber war, dass in dieser Phase an bestehende Muster angeknüpft werden konnte. Polarisierende Auseinandersetzungen, wie sie in der Ära Adenauer beziehungsweise Brandt stattgefunden hatten, blieben infolgedessen aus. Eine zweite Einschränkung liegt darin, dass die Analyse anhand ausgewählter Beispiele auf den relativ kleinen Personenkreis begrenzt wird, der auf Kabinetts- und im Auswärtigen Amt für die Formulierung und Umsetzung außenpolitischer Grundlinien zuständig war. Diese Konzentration auf den außenpolitischen Apparat im engeren Sinn lässt allenfalls Seitenblicke auf andere Teile der außenpolitischen Elite bei den politischen Parteien oder in Militär, Wirtschaft, Publizistik und Wissenschaft zu.

Frieden als Norm

Eine Auflistung der rhetorischen Bekenntnisse zum Frieden würde einen imponierenden Umfang annehmen. Von Kriegstreibern waren die Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg zu „Friedenstreibern“⁴ geworden. Die „Leidenschaft zum Frieden“⁵ wurde international damit belohnt, dass Bundeskanzler Brandt 1971 den Friedensnobelpreis erhielt. Die Wertentscheidung für den Frieden war in der deutschen Außenpolitik nicht ohne Vorbild. So konnte die Auszeichnung Brandts durchaus zur Vergabe des Friedensno-

3 Zu Fragen der Periodisierung vgl. den Problemaufriss bei Klaus Schönhoven, Aufbruch in die sozialliberale Ära. Zur Bedeutung der 60er Jahre in der Geschichte der Bundesrepublik, in: *Geschichte und Gesellschaft* Jg. 25, 1999, S. 123-145.

4 Timothy Garton Ash, *Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent*, München 1993, S. 546.

5 So Helmut Schmidt in einer Rede zum Volkstrauertag am 14.11.1971. Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung (Bonn) (AdsD), Depositum Schmidt 5697.

belpreises 1926 an Gustav Stresemann in Beziehung gesetzt werden. Auch Stresemann hatte den Krieg als Mittel der Politik verworfen,⁶ war aber gerade damit nicht nur auf Zustimmung gestoßen. Bellizismus war selbst in der politischen Mitte anzutreffen.⁷ Im Gegensatz dazu bestand in der Bundesrepublik ein eindeutiger Elitenkonsens darüber, dass eine „Politik der Friedenssicherung“ an die Stelle der „Strategie der Gewalt“ getreten war.⁸ Brandts Kritiker lehnten einzelne Elemente seiner Politik ab, nicht aber die normative Festlegung auf den Frieden.

Oft noch ohne eine deutliche Perspektive für Inhalt und Tragweite des Begriffs zu haben, war mit Frieden bei Ende des Krieges zunächst einmal die fluchtartige Abwendung vom Krieg gemeint, vielfach auch eine Absage an das Militär überhaupt. Beides hing mit der Art der Kriegsniederlage zusammen, deren materielles und psychisches Ausmaß die Folgen der Niederlage von 1918 weit übertraf. Die Zustimmung zum Krieg, die im Zuge der anfänglichen Erfolge der deutschen Militärmacht auch bei vorher eher zögernden Teilen der Bevölkerung und der Eliten gestiegen war, machte seit der Kriegswende 1943 und endgültig nach Kriegsende 1945 dem Leiden am Krieg Platz. Die nun allgemein eingenommene Opferperspektive führte als Reaktion auf die Kriegserfahrung zur Perhorreszierung des Krieges. So wie die Täter-, Mittäter- und Mitläufergesellschaft Gefallen an Diktatur und Militarisation gehabt und den Krieg organisiert hatte,⁹ wollte sie in der Stunde des vollständigen Scheiterns Gewalt und Krieg von sich wegstoßen. Alle waren auf der Flucht. Viele im wahrsten Sinn des Wortes von Osten nach Westen, alle aber in der Illusion der Stunde Null. Mit Frieden verband sich zunächst einmal die Hoffnung der Überlebenden auf Rettung und Gnade seitens der Siegermächte.

All dies hatte mehr mit Desorientierung zu tun als mit Lernen. Letzteres war aber nicht blockiert.¹⁰ Schon deswegen nicht, weil das ‚andere‘

-
- 6 Dazu grundlegend Christian Baechler, Gustave Stresemann (1878-1929). De l'impérialisme à la sécurité collective, Strasbourg 1996.
 - 7 So konnte Reichskanzler Wirth (Zentrum) mit dem Blick auf die SPD noch sagen: „Aber was wollen Sie mit Parteien, die sich zu dem Wahlspruch ‚Nie wieder Krieg‘ bekennen?“ Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918-1945, Serie A, Bd. 6, S. 328 (24.7.1922).
 - 8 Hans-Adolf Jacobsen, Von der Strategie der Gewalt zur Politik der Friedenssicherung. Beiträge zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert, Düsseldorf 1977.
 - 9 Zu dieser Problematik die Bestandsaufnahme bei Thomas Kühne, Der nationalsozialistische Vernichtungskrieg und die „ganz normalen“ Deutschen. Forschungsprobleme und Forschungstendenzen der Gesellschaftsgeschichte des Zweiten Weltkrieges. Erster Teil, in: Archiv für Sozialgeschichte Jg. 39, 1999, S. 580-662.
 - 10 Einiges Material dazu findet sich bei Gottfried Niedhart und Dieter Riesenberger (Hg.),

Deutschland wieder auf den Plan treten konnte, vor allem aber, weil die Siegermächte anders als nach dem Ersten Weltkrieg nicht nur die militärische, sondern auch die politisch-staatliche Kapitulation erzwangen und die Staatsgewalt selbst übernahmen. Konstitutiv für die friedliche Neuorientierung war das Machtwort der Sieger, die die Entmilitarisierung erzwangen. Wenn Deutsche sich mit Militär und Krieg befassten, dann nur mit Erlaubnis oder auf ausdrücklichen Wunsch einzelner Siegermächte. Schon vor, intensiver aber nach Gründung der beiden deutschen Teilstaaten erfolgte dies unter aktiver Mitwirkung von Teilen der deutschen Politik und Militärelite, vor allem aber unter der Kontrolle der Siegermächte. Die Bundesrepublik war wie die DDR nicht nur ein „Produkt“ des Kalten Kriegs,¹¹ sie erlangte ihre – wenn auch eingeschränkte und bis 1990 eingeschränkt bleibende – Souveränität im Zuge dessen, was als Wiederbewaffnung bezeichnet wurde, ihres Beitritts zur NATO und der Übernahme ihrer Rolle als Frontstaat, der an der europäischen Nahtstelle des Ost-West-Konfliktes seinen militärischen Beitrag erbrachte.

Mit der normativen Ausrichtung auf Frieden war diese Entwicklung aus zwei Gründen durchaus vereinbar. Zum einen unterstand die Bundeswehr eindeutig dem Primat der dem Zivilen verpflichteten Politik und ließ in Organisation und Selbstverständnis, obwohl historische Traditionslinien nicht zu übersehen waren, einen deutlichen Neuansatz erkennen.¹² Hinzu kam, dass im Grundgesetz das Recht auf Kriegsdienstverweigerung verankert wurde. Zum anderen war der Frieden der frühen Bundesrepublik ein Frieden im Westen mit einem Friedensbegriff, der auf den Frieden zwischen den Staaten zielte¹³ und unter Frieden die Abwesenheit von Krieg, nicht aber

Lernen aus dem Krieg? Deutsche Nachkriegszeiten 1918 und 1945, München 1992. Vgl. auch Peter Graf Kielmansegg, Lernen aus der Geschichte – Lernen in der Geschichte. Deutsche Erfahrungen im 20. Jahrhundert, in: Peter R. Weilemann u.a. (Hg.), Macht und Zeitkritik. Festschrift für Hans-Peter Schwarz zum 65. Geburtstag, Paderborn u.a. 1999, S. 3-16.

- 11 Richard Löwenthal, Vom kalten Krieg zur Ostpolitik, in: ders. und Hans-Peter Schwarz (Hg.), Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland – eine Bilanz, Stuttgart 1974, S. 604-699, hier S. 604.
- 12 Zum Mischungsverhältnis von Tradition und Reform Detlef Bald, „Bürger in Uniform“: Tradition und Neuanfang des Militärs in Westdeutschland, in: Axel Schildt und Arnold Sywottek (Hg.), Modernisierung im Wiederaufbau, Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, Bonn 1993, S. 392-402.
- 13 Ernst-Otto Czempel, Friedensstrategien. Systemwandel durch Internationale Organisationen, Demokratisierung und Wirtschaft, Paderborn u.a. 1986, S. 35: „Friede besteht in einem internationalen System dann, wenn die in ihm ablaufenden Konflikte kontinuierlich ohne die Anwendung organisierter militärischer Gewalt gelöst oder zumindest behandelt werden.“

von (Hoch)Rüstung, Rüstungswettläufen oder Bedrohungsszenarien verstand. Der so genannte negative Frieden war ein Zustand voller Unwägbarkeiten, aber solange er erhalten blieb, war er ein „zureichendes Minimum“, ein Fortschritt gegenüber den Kriegszuständen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts und eine Voraussetzung für weiteren Fortschritt.¹⁴

Der Frieden im Westen

Dass die „Staatswerdung“ der Bundesrepublik¹⁵ direkt mit ihrer militärischen Rolle im Kalten Krieg zu tun hatte, gehört zu den Ambivalenzen, die für die Friedenskultur der Bundesrepublik generell charakteristisch waren. Die Bundesregierung selbst wurde nicht müde, den Friedenszustand der fünfziger Jahre als von der Sowjetunion bedrohten Frieden darzustellen. Die von ihr betriebene Gründung der Bundeswehr traf auf erheblichen Widerstand in der Bevölkerung und in der Politik. Zugleich lässt die Art der Einführung von Militär in Westdeutschland erkennen, dass es sich nicht um eine einfache *Wiederbewaffnung* handelte. Für die hier im Hinblick auf die Außenpolitik interessierende Frage nach graduellem Wandel von einer Kriegs- zu einer Friedenskultur ist hervorzuheben, dass es nicht zur Neuaufgabe einer nationalen Armee kam, sondern dass die Bundeswehr vollständig in die westliche Bündnisorganisation integriert war – und bis zum heutigen Tag geblieben ist.

Parallel zur Rüstung im Westen verlief die politische und wirtschaftliche Integration der Bundesrepublik im Westen. Die erste Phase der Umsetzung der Norm des Friedens in Politik und erfahrbaren Frieden hatte damit zu tun, dass die westdeutschen Eliten den Frieden mit den Westmächten gestalteten.¹⁶ Die Bundesrepublik war zwar einerseits gezwungenermaßen ein „penetriertes System“.¹⁷ Ihre außenpolitischen Anfänge waren aber zugleich

14 Ernst-Otto Czempel, Das zureichende Minimum: der negative Friede, in: Walter Jens und Gunnar Matthiessen (Hg.), Plädoyers für die Humanität. Zum Gedenken an Eugen Kogon, München 1988, S. 173-176.

15 Wilfried Loth, Der Koreakrieg und die Staatswerdung der Bundesrepublik, in: Josef Föschepoth (Hg.), Kalter Krieg und Deutsche Frage. Deutschland im Widerstreit der Mächte 1945-1952, Göttingen/Zürich 1985, S. 335-361.

16 Dazu auch Michael Zielinski, Friedensursachen. Genese und konstituierende Bedingungen von Friedensgemeinschaften am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland und der Entwicklung ihrer Beziehungen zu den USA, Frankreich und den Niederlanden, Baden-Baden 1995.

17 Dazu die zahlreichen Arbeiten von Wolfram F. Hanrieder. Erwähnt sei nur: Fragmente der Macht. Die Außenpolitik der Bundesrepublik, München 1981.

davon bestimmt, dass die Verflechtung mit dem Westen als Grundkonstante erschien. Kaum jemand hatte klarere Vorstellungen darüber, was zu leisten war, wenn man den Frieden im Westen erreichen wollte, als der erste Bundeskanzler. Adenauer konnte dabei an Überlegungen anknüpfen, die er bereits in den zwanziger Jahren entwickelt hatte¹⁸ und die sich im Rahmen des liberalen Modells der Friedenssicherung bewegten. Wenn er für die Herstellung einer Friedensordnung in Europa „grundsätzlich neue Wege“ forderte,¹⁹ so meinte er damit die „organische Verflechtung“ der westeuropäischen und deutschen Industrien als Voraussetzung „zur Sicherung eines dauernden Friedens“. „Parallel laufende, gleichgeschaltete wirtschaftliche Interessen“ waren für Adenauer „das gesündeste und dauerhafteste Fundament für gute politische Beziehungen zwischen den Völkern.“²⁰

Während die Rahmenbedingungen nach dem Ersten Weltkrieg weder national noch international ausreichten, um einen liberalen Frieden, wie er in der Locarno-Phase ansatzweise aufschien, zu konsolidieren, sah dies in der zweiten Nachkriegszeit anders aus. Das Kernproblem der europäischen, vor allem aber der französischen Politik, wie Sicherheit vor Deutschland und eine Kontrolle des deutschen Übergewichts zu erreichen war, wurde – unter Druck der USA, schließlich aber ausgehend von einer französischen Initiative – durch die Integration Westeuropas unter Einbeziehung der Bundesrepublik gelöst. Friedenspolitisch bedeutsam war, dass Integration über traditionell verstandene Kooperation von Nationalstaaten hinausging und etwas qualitativ Neues schuf. Auf westdeutscher Seite war entscheidend, dass diese Lösung angesichts des Kalten Kriegs, in erster Linie aber der damit einhergehenden wirtschaftlichen Erfolgsgeschichte, in zunehmendem Maß auf positive Resonanz stieß und spätestens mit Herbert Wehners Bundestagsrede 1960 als „Staatsräson“ der Bundesrepublik parteiübergreifend anerkannt war.²¹

-
- 18 Vgl. Hans-Peter Schwarz, Adenauer und Europa, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte Jg. 27, 1979, S. 471-523, hier S. 488 f.
- 19 So Adenauer anlässlich der Übergabe des Besatzungsstatuts am 21.9.1949. Konrad Adenauer, Erinnerungen 1945-1953, Stuttgart 1965, S. 234.
- 20 Adenauer, Briefe 1945-1947, Bearb. v. H.P. Mensing, Berlin 1983, S. 124; ders., Briefe 1947-1949, Bearb. v. H.P. Mensing, Berlin 1984, S. 339; ders., Reden (Anm. 1), S. 105. Vgl. auch Herbert Blankenhorn, Verständnis und Verständigung. Blätter eines politischen Tagebuchs 1949 bis 1979, Frankfurt u.a. 1980, S. 68.
- 21 Hans-Peter Schwarz, Die Politik der Westbindung oder die Staatsräson der Bundesrepublik, in: Zeitschrift für Politik Jg. 22, 1975, S. 307-337. Zum realen Verlauf Ludolf Herbst u.a. (Hg.), Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Welt, München 1990; Werner Bührer, Westdeutschland in der OEEC. Eingliederung, Krise, Bewährung 1947-1961, München 1997.

Nur der Frieden im Westen bot Sicherheit und Wohlstand. Zugleich aber stellte er eine friedenspolitische Leistung dar, die ein Umdenken in außenpolitischen Grundfragen zur Voraussetzung hatte. Dazu gehörte nicht nur die Ablösung des ‚Militärstaats‘ durch den ‚Handelsstaat‘,²² sondern auch die für Stresemann noch unvorstellbare Relativierung des Nationalstaats. Selbst kein souveräner Staat, konnte die Bundesrepublik leichter als andere Staaten für die partielle Aufgabe von Souveränitätsrechten plädieren und als Vorreiter für internationale Verflechtung auftreten.²³ Auf diese Weise erwuchs ihr ein „Spezialisierungsvorteil“ in multilateraler Diplomatie,²⁴ der identitätsbildend wirkte und das Rollenverständnis der außenpolitischen Entscheidungsträger kontinuierlich geprägt hat. Ausgehend von dem bei Gründung der Bundesrepublik herrschenden Zwang, in internationalen Zusammenhängen zu denken, wurde die Definition von Interessen als „verflochtenen Interessen“ zum Signum der Außenpolitik der Bundesrepublik, das auch nach der Wiederherstellung des Nationalstaats 1990 bestimmend blieb.²⁵ Die erste Formierungsphase westdeutscher Außenpolitik mit der Fundierung des Friedens im Westen durch westeuropäische Integration und transatlantische Kooperation blieb für die Folgezeit verbindlich. Dass es sich dabei vor dem Erfahrungsraum zweier europäischer Kriege, die zu Weltkriegen geworden waren, um eine historische Errungenschaft handelte, rief Bundeskanzler Kohl, ohne überall sogleich verstanden zu werden, zu Recht in Erinnerung.²⁶

Der Frieden im Westen war ein Projekt, das die Regierung Adenauer mit dem Bundeskanzleramt als Entscheidungszentrum²⁷ konsequent verfolgte.

-
- 22 Zum Typus des Handelsstaats siehe Richard Rosecrance, *Der neue Handelsstaat*, Frankfurt 1987.
- 23 Wolfram F. Hanrieder, *Deutschland, Europa, Amerika. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949-1994*, Paderborn u.a. 1995, S. 157 spricht von einem „gewissermaßen ‚modernem‘ Charakter der Bonner Westpolitik“.
- 24 Michael Kreile, *Verantwortung und Interesse in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 5/96*, S. 3-11, hier S. 11.
- 25 Christian Hacke, *Nationales Interesse als Handlungsmaxime für die Außenpolitik Deutschlands*, in: Karl Kaiser und Joachim Krause (Hg.), *Deutschlands neue Außenpolitik*. Bd. 3: *Interessen und Strategien*, München 1996, S. 3-13. Vgl. auch Hanrieder (Anm. 23), S. 441 ff.; Lily Gardner Feldman, *The Principle and Practice of ‚Reconciliation‘ in German Foreign Policy: Relations with France, Israel, Poland and the Czech Republic*, in: *International Affairs Jg. 75*, 1999, S. 333-356; Andreas Rödder, *Staatskunst statt Kriegshandwerk. Probleme der deutschen Vereinigung von 1990 in internationaler Perspektive*, in: *Historisches Jahrbuch Jg. 118*, 1998, S. 223-260.
- 26 Dazu Thomas Banchoff, *German Identity and European Integration*, in: *European Journal of International Relations Jg. 5*, 1999, S. 259-289.
- 27 Dazu Heino Kaack und Reinhold Roth, *Die außenpolitische Führungselite der Bundesrepublik Deutschland*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 3/72*, S. 3-54, hier S. 19 ff.

Das erst 1951 von den Westmächten wieder zugestandene Auswärtige Amt wurde bis 1955 von Adenauer selbst geleitet und blieb auch danach noch längere Zeit am kurzen Zügel des Bundeskanzlers. Adenauer verstand es, verschiedene – auch in seiner Persönlichkeit liegende – Ambivalenzen bestehen zu lassen, ohne an der zentralen Weichenstellung der Westbindung und an seiner Priorität, für die Zulassung der Bundesrepublik zur westlichen Zone des Friedens zu sorgen, rühren zu müssen. Von den Widerständen gegen die Aufrüstung, die in den Augen ihrer Kritiker die Norm des Friedens aushöhlte, ist schon die Rede gewesen. Hinzu kam die Tatsache, dass die Bundesrepublik zum Zeitpunkt ihrer Gründung ein westlich besetztes, nicht aber selbst schon ein durchgehend westlich strukturiertes Land war.²⁸ Der Weststaat arbeitete mit Eliten, deren Sozialisation meist in dezidiert anti-westlicher Einstellung erfolgt war, sei es im Nationalsozialismus oder schon in der Weimarer Republik. Insbesondere das außen- und sicherheitspolitische Führungspersonal war dadurch vielfach diskreditiert. Dennoch erscheint es nicht angemessen, für die fünfziger Jahre von einer „Praxis halbierter außen- und sicherheitspolitischer Innovationen“ zu sprechen.²⁹ Die politische Zielvorgabe der Westbindung war gesellschaftlich erst noch einzulösen, aber sie erwies sich als beständig genug, um die „Zivilmacht“³⁰ Bundesrepublik entstehen zu lassen. Die Schaffung eines „neuen europäischen Menschen“, der „gegen radikale Lösungen von rechts oder links immun ist“,³¹ mag 1951 eine Kopfgeburt gewesen oder auch Opportunismus entsprungen sein. Allerdings erwies sich der Opportunismus der späten vierziger und der fünfziger Jahre in Verbindung mit anderen Faktoren als „heilsame Kraft“,³² und auch hier gilt, dass „dieselben Leute zu verschiedenen Zeiten nicht dieselben sind.“³³

28 Dazu Anselm Doering-Manteuffel, *Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert*, Göttingen 1999.

29 Klaus Naumann, *Sicherheitselite und außenpolitischer Stil. Elitenwandel und Konsensbildung in der Frühgeschichte der Bundesrepublik*, in: *Mittelweg 36. Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung* 5/1999, S. 4-22, hier S. 15.

30 Dazu Hanns W. Maull, *Zivilmacht Bundesrepublik Deutschland. Vierzehn Thesen für eine neue deutsche Außenpolitik*, in: *Europa-Archiv* Jg. 47, 1992, S. 269-278.

31 So Herbert Blankenhorn, seit 1929 im Auswärtigen Dienst, später NSDAP-Mitglied und als Vertrauter Adenauers führend beim Aufbau des Bonner Auswärtigen Amts beteiligt, an Heinz Krekeler, den ersten westdeutschen Nachkriegsbotschafter in Washington, 20.8.1951. Institut für Zeitgeschichte (München), Krekeler Papiere ED 135/42.

32 Ulrich Herbert, *Drei deutsche Vergangenheiten. Über den Umgang mit der deutschen Zeitgeschichte*, in: Arnd Bauerkämper u.a. (Hg.), *Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945-1990*, Bonn 1998, S. 376-390, hier S. 389.

33 Ralf Dahrendorf, *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*, München 1975, S. 268.

Eine letzte Ambivalenz betraf die Gleichzeitigkeit von demokratischem Frieden im Westen und territorialem Revisionismus gegenüber einer als feindlich perzipierten Sowjetunion. Die Weigerung, den Status quo anzuerkennen, und der rhetorische „Kult um den Nationalstaat“³⁴ änderten jedoch nichts daran, dass die praktische Politik gerade nicht vom Streben nach Wiedererlangung des Nationalstaats bestimmt war. Adenauer kritisierte seinen innenpolitischen Gegenspieler Kurt Schumacher, weil dieser die SPD in ein „nationalistisches Fahrwasser hineingebracht“ habe.³⁵ Selbst kein Nationalstaat, wurde die Bundesrepublik zum Pionier der Denationalisierung. Die Auswirkungen waren 1989/90 deutlich zu spüren, als der Nationalstaat im postmodernen Gewand³⁶ wiedererstand und es – abgesehen von momentanen Gefühlsausbrüchen und rechten Randgruppen – keine nationalistische Bewegung oder Einstellung gab. Das Festhalten an der Vorstellung einer Wiedervereinigung war überdies stets damit einhergegangen, dass ein Rückzug der Sowjetunion nicht mit militärischer Gewalt erzwungen werden sollte. Der für die Frühphase der Bundesrepublik konstitutive Antikommunismus war auf der Ebene der zwischenstaatlichen Beziehungen defensiv angelegt und ist darum auch nur partiell in der Kontinuität des nationalsozialistischen Antikommunismus zu sehen.³⁷

Der Frieden mit dem Osten

Ende der achtziger Jahre erschien ein Sammelband, dessen Titel den Frieden mit der Sowjetunion als „eine unerledigte Aufgabe“ bezeichnete.³⁸ Zu diesem Zeitpunkt waren zwei Jahrzehnte ins Land gegangen, in denen die Rolle der Bundesrepublik im Ost-West-Konflikt mit dem – auch international gebräuchlichen – Begriff Ostpolitik erfasst wurde. In Ergänzung zur Westbindung waren in der zweiten Formierungsphase der westdeutschen Außenpolitik die „Ostverbindungen“ hinzugetreten,³⁹ die explizit dem Frieden dienen

34 Edgar Wolfrum, *Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland: Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948-1990*, Darmstadt 1999, S. 124 ff.

35 Günter Buchstab (Bearb.), *Adenauer: „Es mußte alles neu gemacht werden“*. Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1950-1953, Stuttgart 1986, S. 527.

36 Dazu die Skizze Gottfried Niedhart, *Deutsche Außenpolitik: Vom Teilstaat mit begrenzter Souveränität zum postmodernen Nationalstaat*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 1-2/97*, S. 15-23.

37 Hierzu Normen Altmann, *Konrad Adenauer im Kalten Krieg: Wahrnehmungen und Politik 1945-1956*, Mannheim 1993.

38 Dietrich Goldschmidt (Hg.), *Frieden mit der Sowjetunion – eine unerledigte Aufgabe*, Gütersloh 1989.

39 Werner Link, *Die außenpolitische Staatsräson der Bundesrepublik Deutschland*, in:

sollten und Grundlagen dafür legten, dass die Bundesrepublik über das Ende des Ost-West-Konflikts hinaus als „vielfach vernetzte Ausgleichsmacht“ in Europa eine „stabilisierende Rolle“ spielen konnte.⁴⁰ Auch wenn man in globaler Perspektive nach zwanzig Jahren Entspannungspolitik zu dem Ergebnis kommen konnte, „dass wir heute – vierzig Jahre nach Einsteins Appell – immer noch nicht sehr viel weiter sind,“⁴¹ war es doch nicht zu leugnen, dass sich die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion seit den späten sechziger Jahren erheblich verändert hatten.

Der Wandel in den deutsch-sowjetischen Beziehungen im Übergang von den sechziger zu den siebziger Jahren erfolgte im Kontext der globalen Tendenz, in der die Entspannung zwischen Ost und West als neue Phase des Ost-West-Konfliktes die Phase des Kalten Krieges ablöste. In den USA kündigte Präsident Nixon im Januar 1969 an, er wolle auf die „Ära der Konfrontation“ eine „Ära der Verhandlungen“ folgen lassen.⁴² Die Sowjetunion sandte 1969, nachdem die Militäraktion von 1968 gegen die Tschechoslowakei abgeschlossen war, ähnliche Signale aus, wobei die Bundesrepublik zum bevorzugten Adressaten unterhalb der Supermächtebene wurde. In dieser Konstellation kam es darauf an, ob Bonn eine Politik verfolgte, die nicht nur entspannungskonform war, sondern darüber hinaus auch dazu beitragen konnte, die von der ‚deutschen Frage‘ ausgehenden Konflikte zu entschärfen. Der Frieden mit dem Osten war nur erreichbar, wenn die oben erwähnten Ambivalenzen in der Außenpolitik der Bundesrepublik erheblich reduziert wurden. Dazu zeigte sich die 1969 ins Amt gekommene sozial-liberale Regierung bereit, indem sie in der Kontinuität der Westintegration der fünfziger Jahre stehend die Anfänge der Entspannungspolitik der Großen Koalition konsequent fortführte und ausbaute. Grundlegend war, dass jeglichem territorialen Revisionismus eine Absage erteilt wurde. Bundeskanzler Brandt wollte – ebenso wie der Koalitionspartner FDP – die „Ergebnisse der Geschichte“ annehmen⁴³ und die bestehenden Grenzen in Europa einschließ-

Manfred Funke u.a. (Hg.), *Demokratie und Diktatur. Geist und Gestalt politischer Herrschaft in Deutschland und Europa*, Bonn 1987, S. 400-416, hier S. 410.

40 Hanrieder (Anm. 23), S. 448. Vgl. auch Gottfried Niedhart, *Ostpolitik. The Role of the Federal Republic of Germany in the Process of Détente*, in: Carole Fink u.a. (Hg.), 1968: *The World Transformed*, Cambridge 1998, S. 173-192.

41 Karlheinz Koppe, *Voraussetzungen für eine neue Entspannungspolitik*, in: Horst Ehmke u.a. (Hg.), *Zwanzig Jahre Ostpolitik. Bilanz und Perspektiven*, Bonn 1986, S. 371-382, hier S. 379.

42 Dazu und zum internationalen Kontext Wilfried Loth, *Helsinki*, 1. August 1975. *Entspannung und Abrüstung*, München 1998, S. 131 f. Zur Phase des Kalten Krieges ders., *Die Teilung der Welt. Geschichte des Kalten Krieges 1941-1955*, erw. Neuausgabe München 2000.

43 Willy Brandt, *Erinnerungen*, Frankfurt/Zürich 1989, S. 213. Ähnlich auch der Frak-

lich der hegemonialen Stellung der UdSSR in Osteuropa anerkennen. Brandt konnte dies umso leichter tun, als er sich nicht als Bundeskanzler eines „besiegten“, sondern eines „befreiten Deutschlands“ verstand.⁴⁴ Ein Vierteljahrhundert nach der Kapitulation vom 8. Mai 1945 thematisierte erstmals eine Bundesregierung dieses Ereignis und brachte es explizit mit der von Deutschland ausgehenden kriegerischen Gewalt in Verbindung. Als sozialdemokratischer Fraktionsvorsitzender hielt Herbert Wehner fest, welche Einstellungen zum vergangenen Krieg und zur gegenwärtigen Kriegsgefahr, zu Kriegserfahrung und Kriegsverhinderung er zu diesem Zeitpunkt glaubte in der Bundesrepublik ausmachen zu können. Sie reichten vom Bedauern, „dass ‚wir‘ den Krieg nicht gewonnen haben“ über Versuche zur Eindämmung internationaler Konflikte bis hin zu der Überzeugung, eine weltweite Ächtung von Gewalt könne dazu führen, dass sie „eintrocknet“.⁴⁵

Die Politik der sozial-liberalen Regierung wollte, mit Wehner formuliert, „das Ihre tun“, um die vom Ost-West-Konflikt ausgehenden Gefahren zu reduzieren. Mit der eindeutigen Anerkennung des Status quo erfüllte sie im Übrigen nicht nur eine Forderung der Sowjetunion, sondern auch eine Erwartung der westlichen Verbündeten. Die westliche Zone des Friedens konnte im Hinblick auf Territorialfragen nach Osten erweitert werden. Al-

tionsvorsitzende der FDP, Wolfgang Mischnick, am 25.4.1970 bei einer Bundesvorstandssitzung seiner Partei: „Wir wissen, welches das Ergebnis des Krieges ist.“ Archiv des Deutschen Liberalismus (Gummersbach), Bundesvorstand 161.

- 44 Zitiert bei Werner Link, Außen- und Deutschlandpolitik in der Ära Brandt 1969-1974, in: Karl Dietrich Bracher u.a., Republik im Wandel 1969-1974. Die Ära Brandt, Stuttgart/Mannheim 1986, S. 163-282, hier S. 168.
- 45 Im Zusammenhang lautet diese Passage aus einer sprachlich recht unebenen, inhaltlich aber aufschlussreichen Aufzeichnung Herbert Wehners zu seiner Rede in der Klausur der Bundestagsfraktion der SPD am 4.5.1970: „Am Beginn der Woche, in der am 8. Mai deutlicher werden kann als sonst, unter welchen Akzenten deutsche Politik eigentlich steht. Nämlich unter solchen, die im Grunde bedauern, dass ‚wir‘ den Krieg nicht gewonnen haben. Solchen, die ihn als noch nicht beendet ansehen, nur mit anderen Mitteln fortgeführt. Solchen, die zwar verstanden haben, dass er schlimm war, aber noch nicht begreifen können, dass er im Grunde doch weiter geführt wird. Solchen, die meinen, sie kennten die Formel, wie Krieg zu verhindern oder doch wenigstens umzufunktionieren sei. Solchen, die annehmen, keiner werde so unvernünftig sein, einen dritten zu beginnen oder ihn offen ausbrechen zu lassen. Solchen, die versuchen, das Ihre zu tun, damit er ausbleibe. Solchen, die annehmen oder erzwingen möchten, von unserem Standort aus mit unserem Schrei Schlimmes, das anderwärts geschieht, so bekämpfen zu können, dass es tatsächlich, weltweit verdammt, eintrocknen oder zusammenbrechen müsste.“ Willy-Brandt-Archiv im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung (Bonn) (WBA), Parteivorsitzender, Verbindungen zu Mitgliedern des Präsidiums 18. – Die Ausführungen Bundeskanzler Brandts vom 8. Mai 1970 finden sich in: Verhandlungen des Deutschen Bundestags. Stenographische Berichte 72, 1970, S. 2564-2567.

lerdings machte die Bundesregierung den Vorbehalt, der weder in Moskau noch in den westlichen Hauptstädten Begeisterung hervorrief, dass die ‚deutsche Frage‘ offen bleiben müsse.⁴⁶ Auch in der Rüstungs- und Sicherheitspolitik erfolgten keine umstürzenden Schritte. Es kam aber zu graduellen Veränderungen, denn die Bundesrepublik trat für Rüstungskontrolle und Abrüstung ein und entwickelte Konzepte für die europäische Sicherheit, die auf eine Überwindung der Blockkonfrontation zielten.⁴⁷

All dies ist hier nicht im Einzelnen darzustellen. Von zentraler Bedeutung ist indes ein Grundgedanke der sozial-liberalen Ostpolitik, der für die Herstellung des Friedens mit der Sowjetunion erheblich war. Analog zur ersten Gründungsphase der Bundesrepublik, als die Voraussetzungen für den Frieden im Westen hergestellt wurden, war die Bundesregierung jetzt auch gegenüber der sowjetischen Siegermacht und den anderen Staaten des Warschauer Paktes darum bemüht, „soviel sinnvolle Kommunikationen wie möglich“ zu entwickeln.⁴⁸ Kommunikation war einer der Schlüsselbegriffe in der Sprache der neuen Ostpolitik. Dabei ging es zunächst darum, die gewohnten duellartigen Begegnungen hinter sich zu lassen und nach Wegen zu suchen, „wie man miteinander reden kann“.⁴⁹ Die Stichworte Brandts für

46 Breschnew äußerte seine Besorgnisse kurz nach der Unterzeichnung des Moskauer Vertrags am 20.8.1970 gegenüber der SED-Führung. Von der Regierung Brandt gingen Gefahren aus. Sie wolle in die DDR „eindringen, mit sozialdemokratischer Ideologie und wirtschaftlich. Monika Kaiser, Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker. Funktionsmechanismen der SED-Diktatur in Konfliktsituationen 1962 bis 1972, Berlin 1997, S. 390. – Im Weißen Haus in Washington hatte Nixons Sicherheitsberater Henry Kissinger anfänglich „ernsthafte Vorbehalte“ gegen die Bonner Ostpolitik, weil er eine Wiederbelebung des deutschen Nationalismus und eine Distanzierung der Bundesrepublik vom Westen befürchtete. Henry Kissinger, Die Vernunft der Nationen. Über das Wesen der Außenpolitik, Berlin 1994, S. 811. Genauer Gottfried Niedhart, The Federal Republic's Ostpolitik and the United States: Initiatives and Constraints, in: Kathleen Burk und Melvyn Stokes (Hg.), The United States and the European Alliance since 1945, Oxford/New York 1999, S. 289-311. Zum „Gefühl des Argwohns“, wie konsolidiert die Zugehörigkeit der Bundesrepublik zum Westen tatsächlich war, vgl. auch Ernest May, Das nationale Interesse der Vereinigten Staaten und die deutsche Frage 1966-1972, in: Gottfried Niedhart u.a. (Hg.), Deutschland in Europa. Nationale Interessen und internationale Ordnung im 20. Jahrhundert, Mannheim 1997, S. 271-284, hier 275. Zu vergleichbaren französischen Perzeptionsmustern Gottfried Niedhart, Partnerschaft und Konkurrenz: Deutsche und französische Ostpolitik in der Ära Brandt und Pompidou, in: Ilya Mieck und Pierre Guillen (Hg.), Deutschland – Frankreich – Rußland. Begegnungen und Konfrontation, München 2000, S. 345-371.

47 Dazu Helga Haftendorn, Sicherheit und Entspannung. Zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1955-1982, Baden-Baden 1983, S. 528 ff.

48 So Willy Brandt schon 1963 in Tutzing. Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV. Reihe, Bd. 9, Frankfurt 1978, S. 567 f.

49 So Bahr während einer Klausurtagung der Berliner SPD am 3.10.1970. AdsD, Depo-

sein erstes Treffen mit Breschnew lauteten „Kennenlernen“, „Reden“, „Kontakt“.⁵⁰ Darüber hinaus handelte es sich für die im herkömmlichen Sinn machtlose Bundesrepublik darum, mit der Sowjetunion zu einer Verständigung über die Art der bilateralen Beziehungen zu kommen. Indem dies mit der beiderseitigen Akzeptanz des Gewaltverzichts gelang,⁵¹ waren die Voraussetzungen für „kommunikatives Handeln“⁵² geschaffen, das in den KSZE-Prozess mit seinen institutionellen Vorkehrungen für friedlichen Wandel einmündete.⁵³ Immer vorausgesetzt, dass sich die Weltmacht Sowjetunion an den Gewaltverzicht hielt, den sie in Europa – auch innerhalb des Warschauer Paktes – tatsächlich beachtete, war damit nicht nur ein über Westeuropa hinausreichender Entspannungsprozess angestoßen, sondern auch erreicht, dass die Sowjetunion an den Westen herangeführt werden konnte. In Entsprechung dazu begann sich das Feindbild Bundesrepublik im Herrschaftsbereich der Sowjetunion aufzulösen. Frieden wurde auch in den Beziehungen mit den osteuropäischen Ländern erfahrbar.

Auch in dieser Phase des Ost-West-Konfliktes handelte es sich um einen ‚negativen‘ Frieden. Mehr denn je war er dadurch bestimmt, dass die Nuklearwaffen ihn erzwangen. „Man muss einmal die Atombombe loben,“ meinte Egon Bahr 1973 in einer Bilanz der bisherigen Entspannungspolitik.⁵⁴ Wenig später musste er einräumen, dass die Entspannung – auch wenn sie auf nuklearer Ebene mit Rüstungsbegrenzungs- und Konsultationsabkommen „friedensorientiertes Handeln“⁵⁵ erkennen ließ – dort, wo die Bundesrepublik aktiv sein konnte, noch nicht zu den erhofften Auswirkungen geführt hatte. „Ohne eine Reduktion von Truppen und Rüstungen“ werde der Détente-Prozess stagnieren und könne „Vertrauen“ nicht wachsen.⁵⁶

situm Bahr 301/2.

- 50 Notizen für die Begegnung mit Breschnew am 12.8.1970. WBA, Bundeskanzler 91.
- 51 Egon Bahr, Das Prinzip Gewaltverzicht, in: Die Zeit vom 17.6.1999, S. 9: „Gewaltverzicht war die deutsche Idee im Kalten Krieg. Sie sollte die starke Sowjetunion gegenüber der schwachen Bundesrepublik verpflichten, ihre militärische Überlegenheit nicht anzuwenden.“
- 52 Zu diesem von der Politikwissenschaft im Anschluss an Habermas neuerdings viel beachteten Konzept vgl. etwa Harald Müller, Internationale Beziehungen als kommunikatives Handeln. Zur Kritik der utilitaristischen Handlungstheorien, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen Jg. 1, 1994, S. 15-44.
- 53 Dazu Peter Schlotter, Die KSZE im Ost-West-Konflikt. Wirkungen einer internationalen Institution, Frankfurt 1999.
- 54 Wandel durch Annäherung. Egon Bahr in Tutzing 1963 und 1973. Dokumentation, in: Deutschland-Archiv Jg. 6, 1973, S. 862-873, hier S. 869.
- 55 Detlef Bald, Hiroshima, 6. August 1945. Die nukleare Bedrohung, München 1999, S. 147.
- 56 Ausführungen Bahrs auf einer ‚Außenpolitischen Konferenz‘ der SPD, 17.-19.1.1975.

Zu Beginn der siebziger Jahre konnte beides wahrgenommen werden: Auf der einen Seite eine Außenpolitik, die im Westen den Frieden durch weitere Integrationsschritte voranbringen und nach Osten für die Zivilisierung des Konflikts sorgen wollte; auf der anderen Seite die Fortdauer rüstungsbedingter Strukturen, die als „System organisierter Friedlosigkeit“⁵⁷ eingestuft wurden. Von beiden Wahrnehmungen gingen die Impulse für eine mit öffentlichen Mitteln geförderte Friedens- und Konfliktforschung aus, die sich an Vorbildern in den USA und in Großbritannien orientieren konnte.⁵⁸ Ihre Etablierung hängt aufs Engste mit dem „Machtwechsel“ zusammen, wie im Anschluss an eine Äußerung Gustav Heinemanns, der selbst ein entschiedener Befürworter der Friedensforschung war, der Eintritt in die sozial-liberale Ära genannt wurde.⁵⁹ Die Träger von Friedenspolitik und Friedensforschung unterschieden sich vielfach im Hinblick auf ihre soziale Herkunft und ihren politischen Hintergrund. Auch die Generationenzugehörigkeit war nicht einheitlich. Für das operative Zentrum der Außenpolitik, wo bei aller Kontinuität im Grundsätzlichen ein deutliches Signal des ostpolitischen Neuanfangs mit der Konsequenz einer dramatischen innenpolitischen Polarisierung gesetzt wurde, ist allerdings festzuhalten, dass nicht eine andere Generation die neue Ostpolitik formulierte und ausführte, sondern ein anderes Denken. Als Angehöriger einer Generation, die in der Zeit des Ersten Weltkriegs und der Weimarer Republik geboren worden war und der auch Oppositionspolitiker wie Barzel oder Strauß angehörten, trat Brandt für eine Osteuropa einschließende Friedenspolitik und für Reformen im Innern gleichermaßen ein.⁶⁰ Pointiert formuliert: Die Ausweitung des Friedens im Westen auf die Beziehungen zum Osten ging mit der durchgreifenden Verwestlichung der Bundesrepublik selbst einher.

AdsD, Parteivorstand der SPD, Abteilung für Internationale Beziehungen I 1296.

- 57 Dieter Senghaas, *Abschreckung und Frieden. Studien zur Kritik organisierter Friedlosigkeit*, Frankfurt 1969.
- 58 Für eine knappe Beschreibung des Kontextes vgl. Corinna Hauswedell, *Friedenswissenschaften im Kalten Krieg. Friedensforschung und friedenswissenschaftliche Initiativen in der Bundesrepublik Deutschland in den achtziger Jahren*, Baden-Baden 1997, S. 49 ff.
- 59 Arnulf Baring, *Machtwechsel. Die Ära Brandt – Scheel*, München 1984, S. 120 ff. Zu Heinemann siehe Uwe Schütz, *Gustav Heinemann und das Problem des Friedens im Nachkriegsdeutschland*, Münster 1993.
- 60 Geburtsdaten von Personen, die im außenpolitischen Entscheidungszentrum der sozial-liberalen Koalition 1969/70 standen: Bundeskanzler Brandt 1913, Außenminister Scheel 1919, Verteidigungsminister Schmidt 1918, Kanzleramtsminister Ehmke 1927, die Staatssekretäre Bahr 1922, Duckwitz 1904, Frank 1918, Dahrendorf 1929, Ministerialdirektor Sahm 1917. Im Vergleich dazu einige Oppositionspolitiker: Kiesinger 1904, Schröder 1910, Strauß 1915, Barzel 1924.

Der Generationenkonflikt der späten sechziger und frühen siebziger Jahre entzündete sich am Vietnamkrieg, nicht aber – von Einzelheiten abgesehen – an der Außenpolitik der sozial-liberalen Regierung, soweit sie als Friedenspolitik definiert war und Europa betraf. Ihren Akteuren wiederum „fehlte“ vielfach die „Zeit“ für eine Auseinandersetzung mit den „inneren Turbulenzen des Jahres 1968“.⁶¹ Die außenpolitische Führungsschicht hatte die „Endstation Frieden“⁶² im Blick, freilich ohne den Fahrplan zu kennen oder einfache Rezepte zur Herstellung von Frieden anzubieten. Die pragmatische Beschränkung auf graduellen Wandel hatte mit politischer Klugheit zu tun, aber auch mit der Kategorie des Interesses. Außenpolitik, so beschied Willy Brandt den Bundessekretär der Jungsozialisten 1972, habe „von den Interessen unseres Staates auszugehen. Sie muss sich von ideologischen und anderen Vorurteilen frei halten.“⁶³

Friedens- und Interessenwahrung

Der explizite Bezug auf den Begriff des nationalen Interesses, der aus der Terminologie der Staatenwelt des 18. und 19. Jahrhunderts stammt, setzte während der Großen Koalition ein und fand nach Bildung der sozial-liberalen Regierung verstärkt Eingang in die außenpolitische Sprache der Bundesrepublik.⁶⁴ Er musste also 1989/90 nicht neu erfunden werden, auch wenn der außenpolitische Diskurs der ‚Berliner‘ Republik oft diesen Eindruck erweckt. In der Sache war allerdings auch schon die Außenpolitik Adenauers davon bestimmt, über der multilateralen Verflechtung der Bundesrepublik die spezifischen Interessen des westdeutschen Teilstaats nicht zu vergessen. Friedens- und Interessenwahrung waren eng aufeinander bezogen.

-
- 61 So einer der Spitzenbeamten des Auswärtigen Amtes, der 1969 als Leiter der Abteilung II (Auswärtige Beziehungen) ins Kanzleramt wechselte: Ulrich Sahn, „Diplomaten tauen nichts“: Aus dem Leben eines Staatsdieners, Düsseldorf 1994, S. 221 f.: „Die inneren Turbulenzen des Jahres 1968 mit der Aufstandsbewegung in der studentischen Jugend haben mich wie alle Staatsbürger damals außerordentlich beunruhigt. Mir fehlte aber die Zeit, mich mit ihnen eingehend auseinanderzusetzen.“
- 62 So die Kapitelüberschrift bei Brandt (Anm. 43), S. 153.
- 63 Brandt an Wolfgang Kiehne 15.3.1972. Hintergrund war die Iran-Reise des Bundeskanzlers. AdSD, SPD-Parteivorstand, Abteilung Internationale Beziehungen 11633.
- 64 Einige Belege bei Gottfried Niedhart, Locarno, Ostpolitik und die Rückkehr Deutschlands in die internationale Politik nach den beiden Weltkriegen, in: ders. u.a. (Hg.) (Anm. 46), S. 3-17, hier S. 9 ff.

Als prägend für die Außenpolitik der Bundesrepublik erwies sich allerdings, dass eigene Interessen wie das Streben nach Gleichberechtigung, nach Sicherheit oder auch nach der Wiedererlangung eines deutschen Nationalstaats an die vorausgehende Herstellung von zwischenstaatlichem Frieden gekoppelt war. Der Frieden im Westen war die Voraussetzung dafür, dass die Bundesrepublik, wie Bundeskanzler Schmidt 1976 festhielt, zur „zweiten Weltmacht des Westens“ aufgestiegen war.⁶⁵ Ohne den Frieden mit der Sowjetunion wäre die später gefundene Lösung der ‚deutschen Frage‘ undenkbar gewesen. Vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts hatte die Bundesrepublik mehr als andere vergleichbare Staaten darauf zu achten, dass die Verträglichkeit von nationalen Belangen und internationaler Ordnung gewährleistet war.

Aus der Einbindung in friedliche Interaktionen resultierte ein Höchstmaß an Interessenwahrung und Machtausübung, so dass Friedensschaffung und Friedenswahrung im nationalen Interesse lagen. Zugleich war die Bundesrepublik mit ihren auf dem Prinzip des Gewaltverzichts beruhenden friedensorientierten Außenbeziehungen nicht zum Verzicht auf Militär gezwungen und setzte sich mit ihrer Rüstungspolitik, die stets auf dem neuesten Stand der waffentechnischen Entwicklung sein wollte, durchgehend der Kritik der unterschiedlichen Strömungen der Friedensbewegung aus. Akzeptierte man die spezifischen Rahmenbedingungen des Friedens im Westen, so war es geradezu geboten, militärisches und sicherheitspolitisches Expertentum zu entwickeln und „endlich“ das „Bertha von Suttner-Denken“ aufzugeben.⁶⁶ Auch galt Krieg in der globalen Auseinandersetzung mit der Sowjetunion gegebenenfalls durchaus als möglicher letzter Schritt, wie Stellungnahmen der Bundesregierung 1961/62 in der Berlin- und Kubakrise zeigen.⁶⁷ Allerdings blieb die westdeutsche Militärmacht der Kontrolle des Bündnisses unterworfen. Sollte es zum Einsatz der Bundeswehr kommen, dann nur im internationalen Verbund. Wie sich seit den sechziger Jahren zeigte, war der hohe Grad der Einbindung in internationale beziehungsweise supranationale Strukturen nicht nur ein Mittel zur Kontrolle, sondern auch zur möglichen Verpflichtung, gemeinsame Aktionen bis hin zu kriegerischen Einsätzen

65 Ebd. S. 15.

66 Helmut Schmidt 1962 in der ‚Studiengruppe für Rüstungskontrolle, Rüstungsbeschränkung und internationale Sicherheit‘ der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik. Daniel Eisermann, Außenpolitik und Strategiediskussion. Die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik 1955 bis 1972, München 1999, S. 141.

67 Bald (Anm. 55), S. 122 ff.; Loth, Helsinki (Anm. 42), S. 96. Zu Adenauers Haltung in der Berlin-Krise vgl. auch Annette Messemer, Konrad Adenauer: Defence Diplomat on the Backstage, in: John L. Gaddis u.a. (Hg.), Cold War Statesmen Confront the Bomb. Nuclear Diplomacy Since 1945, Oxford 1999, S. 236-259, hier S. 257 f.

mitzutragen. Entsprechenden Anfragen entzog sich die Bundesrepublik sowohl während des Vietnamkriegs als auch beim Golfkrieg. Sie tat es nicht mehr, als die NATO 1999 wegen des Kosovo Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien führte. Dass es sich dabei um einen Krieg handelte, schlug sich nach einigen anfänglichen Euphemismen auch in der Sprache nieder, mit der der Konflikt dargestellt wurde, sei es als „postnationaler Krieg“, als „humanitäre Intervention“ und „Sprung auf dem Wege des klassischen Völkerrechts der Staaten zum kosmopolitischen Recht einer Weltbürgergesellschaft“ oder als im traditionellen Sinn interessenbedingter Krieg.⁶⁸

Bedeutsamer als das Militär für den Einfluss und die Machtstellung der Bundesrepublik in der internationalen Politik waren die Finanz- und Wirtschaftskraft des Landes. Die ökonomische Variante von Macht beruhte einerseits auf der Voraussetzung von internationaler Stabilität und Friedensordnung, war andererseits aber auch ein Mittel zur Beförderung friedlichen Wandels und zur Überwindung des Status quo. Ungeachtet des Gewaltverzichtsprinzips war die Bundesrepublik bis 1990 kein saturierter Staat. Auch die Anerkennung des territorialen Status quo 1969/70 führte nicht zu einer völkerrechtlichen Anerkennung der DDR. Erklärtermaßen sollte der Status quo gerade dadurch verändert werden, dass er zuvor anerkannt wurde. Völlig realistisch wurde dieses Kalkül in der DDR als „Aggression auf Filzlatzchen“ perzipiert.⁶⁹ Vorrangig war die neue Ostpolitik auf Friedens-, in ihrer letzten deutschlandpolitischen Begründung aber auf Interessenwahrung gerichtet. Frieden implizierte aus Bonner Sicht die Möglichkeit friedlichen Wandels zum Vorteil der Bundesrepublik und des Westens insgesamt. Dass die Entspannungspolitik die Überlegenheit des Westens im Zeitalter moderner Technologien zum Tragen bringen und zu einer „systemöffnenden Ko-

68 Ulrich Beck, Über den postnationalen Krieg, in: Blätter für deutsche und internationale Politik Jg. 44, 1999, S. 984-990; Jürgen Habermas, Bestialität und Humanität. Ein Krieg an der Grenze zwischen Recht und Moral, in: Die Zeit vom 29.4.1999, S. 1, 6-7; Jürgen Rose, Die Fiktion vom militärischen Humanismus. Der NATO-Krieg gegen Jugoslawien zwischen Interessen und Moral, in: Wissenschaft und Frieden 18 (2000), H. 2, S. 53-56. Für einen knappen Überblick zur Debatte vgl. Berthold Meyer und Peter Schlotter, Die Kosovo-Kriege 1998/99. Die internationalen Interventionen und ihre Folgen, Frankfurt 2000 (= Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Report 1/2000).

69 Die Äußerung wird Otto Winzer, Außenminister der DDR 1965-75, zugeschrieben. Siehe Manfred Uschner, Die Ostpolitik der SPD. Sieg und Niederlage einer Strategie, Berlin 1991, S. 72. In seinem Vorwort zu diesem Buch merkt Egon Bahr recht lapidar an: „So falsch lag er nicht. Vor allem: Es hat funktioniert.“ S. 6. Vgl. auch Manfred Uschner, Egon Bahr und seine Wirkung auf uns, in: Dieter S. Lutz (Hg.), Das Undenkbare denken. Festschrift für Egon Bahr zum 70. Geburtstag, Baden-Baden 1992, S. 129-135, hier S. 129.

existenz“, längerfristig auch zu „Systemveränderung“ führen könnte,⁷⁰ machte den interessenbestimmten Kern der neuen Ostpolitik aus. So rechnete Bahr damit, „eine systematische, aber nicht wahllose Erweiterung der wirtschaftlichen Ost-West-Beziehungen“ werde „die Widersprüche in den kommunistisch regierten Ländern steigern und zu weiteren Modifikationen des Systems beitragen“.⁷¹

Frieden als Erfahrung

Die Verzahnung von Friedens- und Interessenwahrung war eine zentrale Bedingung dafür, dass Frieden – zunächst im Westen, später auch mit dem Osten – zu einer Erfahrung werden konnte. Vereinfacht formuliert lautete die Grunderfahrung, die die Deutschen machten: Frieden lohnt sich. In der Epoche des Deutschen Reiches und der Weltkriege hatten sie zumeist etwas anderes gehört und geglaubt. Jetzt stellte sich heraus, dass auf friedlichem Weg Ziele erreicht werden konnten, die vorher mit kriegerischen Mitteln oder unter Androhung militärischer Gewalt angestrebt worden waren. Wohlstand, Sicherheit oder Weltgeltung verbanden sich nun mit einer Politik, die ein neues außenpolitisches Konfliktverhalten an den Tag legte und ein gewandeltes Verständnis von der Politik der Nationalstaaten erkennen ließ. Die Rückkehr in die internationale Politik und zu Macht und Einfluss im internationalen System erfolgte für die Bundesrepublik Deutschland unter der Prämisse der Friedenswahrung. Damit war die Erwartung verbunden, dem Prinzip des Gewaltverzichts könne eine möglichst universale Geltung verschafft werden. Bis hin zur Wiederherstellung eines deutschen Nationalstaats im Jahr 1990 wurde immer wieder erfahren, dass internationale Kooperation und die Zivilisierung von Konflikten der Durchsetzung deutscher Interessen dienen. Die Friedensdividende bestand in wirtschaftlichem Wachstum, politischer Stabilität, Gewährleistung von Sicherheit und schließlich auch in der Lösung der deutschen Frage.

Aus der Perspektive der Zeitgenossen wurde dieser Prozess in seinen verschiedenen Phasen allerdings niemals derart eindeutig oder gar linear verlaufend perzipiert. Der Übergang von der Kriegskultur, die von wenigen Ausnahmen abgesehen das ausgehende 19. Jahrhundert und die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts bestimmte, zur Friedenskultur in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts erfolgte, wie gezeigt wurde, im Zuge zunächst der

70 So Richard von Weizsäcker, *Vier Zeiten. Erinnerungen*, Berlin 1997, S. 232.

71 Egon Bahr an Henry Kissinger 14.4.1973. AdsD, Depositum Bahr 439/1. Zitiert auch bei Andreas Vogtmeier, *Egon Bahr und die Deutsche Frage*, Bonn 1996, S. 177.

Westbindung und dann der Verwestlichung der Bundesrepublik. Zu Beginn wurde der demokratische und liberalkapitalistische Frieden als Zwang der westlichen Siegermächte erfahren. Er verschaffte den Westdeutschen, die sich überwiegend besiegt und nicht befreit fühlten, aber in zunehmendem Maß die Solidarität der Westmächte, allen voran der USA. Neben dem „Erfahrungsraum“ des Krieges, der allgegenwärtig war, konnte Frieden im „Erwartungshorizont“ die ersten Konturen annehmen.⁷² Allerdings wurde der Frieden im Westen zunächst vielfach nicht in der Qualität wahrgenommen, die ihm seit den sechziger Jahren zugeschrieben wurde, nämlich als konstitutiver und dauerhafter Rahmen für politisches System, wirtschaftliche Ordnung und Außenbeziehungen der Bundesrepublik. Der Frieden im Westen mit den Implikationen der Teilung Deutschlands und der raschen Aufstellung neuer Streitkräfte beruhte in den fünfziger Jahren nicht auf dem Konsens der politischen Klasse, sondern erschien als Werk der über die parlamentarische Mehrheit verfügenden politischen Führung. Was sie als Friedenssicherung wahrnahm und darstellte, galt ihren Kritikern als prekärer Zustand. Der von der Politik der Stärke begleitete negative Frieden schien neue Gefährdungen, vielleicht sogar eine neue Kriegsgefahr in sich zu bergen.

Dieser Vorgang wiederholte sich im Übergang von den sechziger zu den siebziger Jahren, als der Frieden auch mit der Sowjetunion und den in ihrem Machtbereich liegenden Staaten gesucht wurde. Die neue Ostpolitik definierte sich ausdrücklich als Friedenspolitik, wurde in der Bundesrepublik aber auch als Kapitulation vor sowjetischem Druck und als Gefährdung der Sicherheit eingestuft. Erst an der Wende von den siebziger zu den achtziger Jahren stellte sich ein umfassend fundierter Elitenkonsens ein. Die außenpolitische Friedenskultur der Bundesrepublik hatte jetzt sowohl in der Ära Adenauer als auch in der Ära Brandt ihre Basis. Gleichzeitig nahm die Friedensbewegung als soziale Bewegung den in der Bundesrepublik zuvor in diesem Umfang nie erreichten Charakter einer Massenbewegung an. Aus ihrer Sicht erschien die bisher erreichte Zivilisierung des Ost-West-Konflikts unzureichend, um eine Gefährdung des Friedens ausschließen zu können. Darüber hinaus war die Friedensbewegung von Strömungen dominiert, die nicht das internationale Wettrüsten ins Zentrum ihrer Kritik rückten, sondern die westliche ‚Nachrüstung‘ der frühen achtziger Jahre. Damit geriet der westlich geprägte Frieden als negativer Frieden nachhaltig in Misskredit. Was die politische Elite als Errungenschaft perzipierte, wurde von

72 Zu den Begriffen Reinhart Koselleck, ‚Erfahrungsraum‘ und ‚Erwartungshorizont‘ – zwei historische Kategorien, in: ders., *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*, 4. Aufl. Frankfurt/M. 2000, S. 349-375.

der Friedensbewegung als fragiler Frieden erfahren, sodass die Frage nach dem Frieden als „subversive“ Frage⁷³ dringlich blieb.

Zwar änderte das Ende des Ost-West-Konflikts nichts an dieser Problematik. Dennoch schien der Friedensbewegung und auch weiten Teilen der Friedensforschung ihr Gegenstand abhanden gekommen zu sein. In den neunziger Jahren wurde Frieden nicht mehr als der „Ernstfall“ wahrgenommen, von dem Bundespräsident Heinemann 1969 gesprochen hatte, sondern als Gewissheit und Gewohnheit. In der Wahrnehmung durch Politik und Öffentlichkeit liegt die Bundesrepublik in einer Zone des Friedens, die die Bundesrepublik selbst maßgeblich mitgestaltet hat. Krieg und Kriegsgefahr werden nicht mehr als ein existenzielles Problem erfahren, sondern als ein Problem der Peripherie. Dass die Bundesrepublik im Rahmen ihrer Einbindung in UNO und NATO an Kriegseinsätzen beteiligt war, wird ebenfalls als peripher wahrgenommen. Wie realitätsnah diese Perzeption ist, kann sich erst in der Zukunft zeigen.

73 Ekkehart Krippendorff, Friedensforschung als Entmilitarisierungsforschung, in: Wolfram Wette (Hg.), Militarismus in Deutschland 1871 bis 1945. Zeitgenössische Analysen und Kritik (= Jahrbuch für Historische Friedensforschung Jg. 8, 1999), Münster 1999, S. 313-324, hier S. 314.